

Berlin, Sonnabend,

den 21. März 1891.

Die Zeitung erscheint in der Woche zweifach.

Abonnements-Preis: vierteljährlich für Berlin 7 M., 50 Pf. ohne Votenlohn, für ganz Deutschland und Oesterreich 9 M.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika etc. Kreuzband-Sendung 20 M. per Vierteljahr.

Abonnements werden angenommen: für Frankreich bei Aug. Amal in Straßburg i. E.,

für England bei Aug. Siegle in London, 20 Lime Street E. C., Comie & Co. in London, 19 Greenwich Street E. C.

Berliner Börsen-Beitung.

Abonnements werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als Gratis-Beilagen erscheinen: Submissions-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger, Vollständige Diebstahl-Listen der Preussischen Klassen-Lotterie, Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr: die vierzeilspaltige Zeile 40 Pf., Reclamzeitung 80 Pf., die ganze Seite 200 Mark.

Expedition der Berliner Börsen-Beitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Die parlamentarischen Ostervacanzen.

In einer politischen Betrachtung muß man schon heute in der Reichshauptstadt tagende Parlamente, den Deutschen Reichstag und den Preussischen Landtag, berücksichtigen, will man die Grundzüge des politischen Lebens der Gegenwart verstehen und sich über die Vorbereitungen der Gesetze klar werden, welche in beiden gelegengebenden Körperlichkeiten ihrer Vollenziehung entgegensteht. Die Beziehungen Preußens zum Reich und umgekehrt sind so innig, daß es ein verheißtes Unternehmen wäre, die Gesetzentwürfe im Reich und in Preußen für sich zu betrachten; eines kann nicht ohne das andere bestehen, und so sind auch die Gesetzgeber hier sowohl wie dort genötigt, auf einander Rücksicht zu nehmen. Die sozialpolitischen Gesetze des Reichs müssen auch auf die Landesgesetzgebung Preußens den tiefsten Einfluß üben, und der finanzielle Ausbau des Reiches hängt sich hauptsächlich auf die finanzielle Leistungsfähigkeit des größten und mächtigsten der Deutschen verbündeten Staaten. Der sozial-reformatorische Gedanke, welcher wie ein rother Faden alle Verhandlungen des Reichstages des letzten Jahres durchzog, er war auch thätig in der Reformgesetzgebung der Preussischen Verwaltung; suchte das Reich in direkter Weise die sociale Reform anzunehmen, indem die bekanntesten sozialpolitischen Gesetze geschaffen wurden, so streifte Preußen danach, indirect seine Gesetzgebung diesem Gedanken anzupassen, indem eine Erleichterung der minder leistungsfähigen Gesellschaftsklassen durch die Steuerreform ins Auge gefaßt wurde und durch die Reform der Raubgemeindeordnung nicht nur das Heimatgefühl der ländlichen Bevölkerung gestärkt werden, sondern auch dafür gesorgt werden sollte, daß die aufzubringenden communalen Lasten auf leistungsfähigere Schichten gleichmäßig verteilt würden. Die directe sociale Gesetzgebung des Deutschen Reiches und die indirecte sociale Reform des Preussischen Staates ergänzen sich somit auf das glücklichste, und wenn der Reichstagler b. Capitel jüngst im Reichstage sagte, daß er jeden Gesetzentwurf auf seine sozialpolitische Wirkung prüfe, so gilt dies nicht nur von den Reichsgesetzen, sondern auch von denen der Preussischen Regierung.

Einem erregenden, hochinteressanten historischen Drama gleicht die diesjährige parlamentarische Session der Deutschen Reichshauptstadt! Auch in der äußerlichen Ausstattung könnte man die Aehnlichkeit erkennen und in den wüthendsten Ausgängen, mit denen die einzelnen Abschnitte der Session abschließen. Der Zeitraum von der Eröffnung der Parlamente im letzten Herbst bis zu den Weibschickselen bildet den ersten Act, der uns in die eigentliche Handlung einführt. In jenem Zeitraum fanden die ersten Lesungen der großen Gesetzentwürfe, die Vorbereitungen in den Commissionen statt. Die großen Generaldebatten geben und die Gesichtspunkte, von denen sich die Regierungen und die einzelnen Parteien leiten ließen. Wir erkennen deutlich das Streben der Regierung, wir erkennen ebenso klar die widerstrebenden Elemente; wir sehen den Kampf der Meinungen hin und her wogen und erwarten mit gespanntester Aufmerksamkeit die Entscheidung, welche in den zweiten Lesungen fallen muß. Den Höhepunkt des Kampfes bringt der Zeitraum von Weihnacht bis Ostern — der zweite Act des gewaltigen Dramas! Die ersten Lesungen, die Commissionsberatungen sind zu Ende; im Preussischen Abgeordnetenhaus ist es hauptsächlich die Steuer-gesetzgebung, im Reichstage die Arbeiter-schutz-Gesetzgebung, um welche der Kampf am heftigsten entbrennt. Einzelne Epochen erheben hier wie dort das Interesse, und lassen die Theilnahme an den Verhandlungen nicht erlahmen. Zu Preußen ist es die Reform des höheren Schulwesens, welche gleichsam als Nebenhandlung die Haupthandlung begleitet; im Reich geben die Etats der Armee und Marine, sowie die Colonialpolitik ausreichende Gelegenheit, Freund und Feind zu erkennen. Zu Preußen bringt die neue Sperrgesetzvorlage ein weiteres spannendes Moment in die Handlung hinein, im Reich bietet der Antrag zur Aufhebung der agrarischen Zölle Anlaß zu den heftigsten Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Parteien. Die Handlung

ist auf dem Gipfel des Interesses angelangt; die Katastrophe muß eintreten; Jutigen werden von den heimlichen Gegnern der Regierung gepronunt, um dieselbe den bischertigen Freunden abwendig zu machen; eine allgemeine Unzufriedenheit, Unzufriedenheit, ein banges Ahnen fällt vor der kommenden Katastrophe beherrscht weite Kreise des Deutschen Volkes — da tritt, nur von wenigen vorhergesehen, die Katastrophe unrohlich ein, die Freund von Feind trennt und die Klarheit der parlamentarischen Situation wieder herbeiführen soll. Der Reichstagler, als der Mittelpunkt der dramatisch bewegten Handlung, schlendert den herandrängenden Mächten der zerfallenden Negation den Damokros-Schwert entgegen, er streift mit gewaltigen Hand die Banden ab, welche ihn und die Regierung zu umfassen drohen, der Sieg neigt sich auf die Seite der Regierung und der ihr nahestehenden Parteien. Aber nicht ohne Opfer ist der Sieg erkämpft! Nicht ohne Zugeständnisse an eine andere Macht, die jeden Augenblick bereit ist, wieder wie in früheren Jahren die Waffen gegen die Regierung selbst zu ziehen. Der Sieg der Regierung ist kein ungetheiltes; sie muß die Sieges-frunde mit dem Centrum theilen und der Freundschaft des Centrums ein Opfer bringen. Die Sperrgesetzvorlage ist das erste Zugeständnis an die Partei des Herrn Windthorst; die Folge derselben ist der Sturz des bisherigen Kultusministers v. Goltz, der bislang mit seltenem Opfermuth den zu weitgehenden Forderungen der katholischen Partei entgegengetreten ist. Herr v. Goltz geht, der Führer des Centrums hat über ihn geschwiegen, aber den Sieg in diesem Kampfe ruht eine höhere Macht ab — Windthorst fällt als Sieger im Kampf, aber noch auf dem Sterbebette hält er, vordem der eifrige Kämpfer, eine Friehebede, und die letzten Worte des schon von der Hand des Todes bekehrten ersten Vertreters der ecclesia militans waren: „Wir wollen unseren Verstand zusammenhalten und zum Frieden Alles ordnen.“ Also auf friedliches Wiedersehen, meine Herren! — Mit diesen Friedensworten des sterbenden Vorkämpfers der Deutschen katholischen Kirche klingt der zweite Act des gewaltigen parlamentarischen Dramas erschütternd und verhängnisvoll zugleich aus. „Auf friedliches Wiedersehen“ so möchte man den in die Frieren eilenden Abgeordneten zurufen. Auf friedliches Wiedersehen, um ein verheißenes Ende des parlamentarischen Kampfes im dritten und letzten Act herbeizuführen. Noch sind große Aufgaben zu erledigen! Noch keines der großen Reform-gesetze in Preußen und im Reich ist zum definitiven Abschluß gebracht worden und manch-tägiger Nebekampf wird noch im Preussischen Landtage und im Deutschen Reichstage ausgefochten werden müssen. Aber der Gedanke, der den sterbenden Führer des Centrums, dessen Geistesgröße, obwohl er oftmals unser Gegner war, wir willig anerkennen, bewogte, der soll auch alle Parteien, alle Kreise der wüthend Denkenden befehlen, der Gedanke des friedlichen Zusammenstehens; denn es thut wahrlich noch nicht nur ein treues festes Zusammenstehen aller staats- und gesellschaftserhaltenden Elemente, sondern auch, daß der Gedanke des Friedens einmal wieder auf das prächtigste betont werde in unserer Kampf- und sturmducherten Zeit. Genug der Elemente sind vorhanden, welche den Frieden, die Versöhnung nicht kennen — nicht kennen wollen! Das sind unserer aller Gegner und das sind jene Mächte, welche der Reichstagler in seiner bekanntem Rede feingekennzeichnet, vor deren herandrängender Hilfe es ihm unheimlich zu Muth ward. Der Wahrheit des sterbenden Windthorst, er gilt vor allem aber der eigenen Partei, der Vertreterin der unheimlichen ecclesia militans, der Partei, die als geistlose Angriessphalanx lange Jahre hindurch auf dem parlamentarischen Kampfbühne die Fahne des Aufruhrs hochhielt. Die Hand des verstorbenen Führers hat lange Jahre hindurch selbst die Fahne des Aufruhrs gehalten; sie hat sie in der letzten Zeit indessen gesenkt und die Fahne des Friedens und der Versöhnung an deren Stelle zu setzen gesucht. Es mag darum verzeihen sein, daß er sonst der unverwundlichste Gegner des neuen Deutschen Reiches schien. Seine Nachfolger aber mögen ihn sein letztes Friedenswort zur Mahnung dienen lassen. Der Geist der Ziviltät,

der Geschäftigkeit, des Kampfes, er ist noch immer nach in der Partei des Verstorbenen; es werden Zeiten kommen, wo dieser Geist wiederum die Oberhand zu gewinnen sucht über die Gedanken der Versöhnung, dann mag die Partei an die letzten Worte ihres sterbenden Führers denken: „Wir wollen unsern Verstand zusammenhalten und zum Frieden Alles ordnen.“ Um aber diesen Frieden herbeizuführen, dazu gehört, daß man die Kraft besitzt, zum Wohle der Allgemeinheit Opfer des eigenen Interesses zu bringen. Dieser Eigenschaft ermangelte bislang das Centrum, vielleicht haben ihm die drohenden Zeichen der Zeit diese Opferfähigkeit gelehrt — vielleicht!

Telegraphische Depeschen.

Bern, 20. März. (C. T. C.) Der Bundesrath giebt den Staaten des Weltpostvereins bekannt, daß die Deutsche Regierung den Beitritt des Deutsch-Schweizerischen Schutzgebietes zu dem Pariser Weltpostverein von 1878 und dem Elisabether Zusatzprotokoll von 1885 für den 1. April 1891 erklärt hat.

Paris, 20. März. (C. T. C.) Anlässlich der in der vergangenen Nacht von der Polizei vorgenommenen Hausdurchsuchungen fand keine Verhaftung statt. Die Hausdurchsuchungen hatten den Zweck, festzustellen, ob die aufgelöste Patriotentliga im Geheimen noch fortbesteht. Es handelte sich nämlich um die Beschaffung von Papieren, Urkunden und aller Angelegenheiten, welche die Gewährung einer Anleihe rechtfertigen könnten. Ein Sachbesitz ist nicht erloschen worden, dagegen wurden wichtige Papiere beschlagnahmt. Es scheint festzustellen zu sein, daß der Plan bestand, eine Arbeiterbewegung am 1. Mai zu veranstalten. Heute Vormittag haben noch einige weitere Hausdurchsuchungen stattgefunden.

Paris, 20. März. (C. T. C.) Dem Vernehmen nach wird Drouot wegen der in vergangener Nacht bei früheren Mitgliedern der Patriotentliga vorgenommenen Hausdurchsuchungen eine Interpellation an die Regierung richten und das Fortbestehen der Patriotentliga in Abrede stellen. — Die Abtheilung des Ober-Colonialraths, welche die indochinesischen Angelegenheiten bearbeitet, hat sich für eine Ermäßigung der Steuern und Zölle sowie für Einführung von Werthzöllen an Stelle der specifischen Zölle ausgesprochen. — Der Senat nahm mit Einstimmigkeit den Gesetzentwurf betreffend die Gerichtsorganisation in Madagaskar an.

Rom, 20. März. (C. T. C.) Die Deputirtenkammer hat den Gesetzentwurf betreffend den Beitritt Italiens zu dem Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen Deutschland und Marokko vom 1. Juni 1890 ohne Debatte angenommen.

Turin, 20. März. (C. T. C.) Die Leiche des Prinzen Jerome Napoleon wurde nach einer kurzen religiösen Feier in der Superga, in Gegenwart der Prinzessinnen Clotilde und Vittoria, des Prinzen Victor und des Herzogs von Genoa in die Gruft gelegt. Nach Beendigung der Feier reisten die Prinzessinnen Clotilde und Prinz Victor nach Moncalieri ab.

Washington, 20. März. (C. T. C.) Der Secretar des Präsidenten Harrison hat auf Befragen constatirt, daß ihm von einer angeblichen Depesche an den Gesandten Phelps in Berlin, betreffend Maßnahmen wider das Verbot der Einfuhr amerikanischer Schweinefleisch in Deutschland, nichts bekannt sei. Staatssecretar Blair erklärte, er wisse nichts von einer Absicht des Präsidenten Harrison, gegen das Deutsche Schweinefleischverbot in der vom Journal „Wall and Street“ behaupteten Weise vorzugehen. (Siehe auch in der II. und III. Beilage.)

Autliche Nachrichten.

Der König hat dem Geheimen Regierungsrath Freiherrn von Houwald zu Frankfurt a. D. den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Gewerfabriks-Vorsteher Bornmüller in der von Dreyschen Gewerfabriks zu Sommerda im Kreise Weissenau und dem Schulgen und Ordentlicher Erheber Rubial zu Wirginowo im Kreise Sayrim das Allgemeine Ehrenzeichen;